

# „Je mehr Prosumer, desto besser“

Interview mit Claudia Kemfert

## SOLARZEITALTER



Foto: Oliver Betke

Die „Fridays for Future“-Bewegung stellt Forderungen an die deutsche Politik. In einer Erklärung fordert sie Klimagerechtigkeit und kündigt an, die Schulstreiks und andere Aktionen fortzusetzen, bis politische Entscheidungen nicht länger zu Lasten ärmerer Regionen und folgender Generationen getroffen würden (S. 67). Es bedurfte wohl erst einer weltweiten Jugendbewegung als Weckruf auch an die deutsche Politik, um wieder über die Ziele und Regelungen zu streiten, die für die Gestaltung der Energiesystemwende mit Erneuerbaren Energien (EE) unabdingbar sind.

**D**as SOLARZEITALTER befragte zu diesem Thema die bekannteste deutsche Wissenschaftlerin Prof. Dr. Claudia Kemfert. Sie leitet seit 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Autorin mehrerer Schriften zum Thema Energie, Macht und Monopole.

**SOLARZEITALTER:** Sehr geehrte Frau Kemfert, Sie sind Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU). Wie beurteilen Sie die Möglichkeit zur Umsetzung der Forderung der Jugend, schon bis 2030 aus der Kohleverbrennung auszuweichen und bis 2035 ganz auf Emissionen zu verzichten, um das 1,5 Grad zu sichern?

**Claudia Kemfert:** Die Möglichkeit besteht auf jeden Fall, die Jugendliche haben recht, dies einzufordern. Allerdings haben wir viel Zeit verloren, die Klimaforscher warnen seit 40 Jahren. Wichtig zur Erreichung dieser Ziele wäre ein sofortiger Beginn des Ausstiegs aus der Kohleverstromung und eine Verdopplung des Ausbaus Erneuerbarer Energien bis 2035. Je früher wir beginnen, alte und ineffiziente Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen und je mehr Erneuerbare Energien rasch ausgebaut werden, desto wahrscheinlicher werden die Ziele erreicht werden können. Umgekehrt heißt dies, dass je länger wir warten, desto unwahrscheinlicher wird es, dass wir die Ziele noch erreichen können. Das derzeitige Tempo der politischen Umsetzung stimmt allerdings eher pessimistisch. Dabei ist dringendes Handeln gefordert.

**SOLARZEITALTER:** Die Europäische Union (EU) verpflichtet ihre 28 Mitgliedsstaaten zu Nationalen Energie- und Klimaplänen (NECP). Dabei soll jedes Land seine Lösungswege für den Zeitraum von 2021 bis 2030 mit eigenen NECP vorstellen. Diese werden dann von der EU im Rahmen eines gemeinsamen Zielrahmens begutachtet. Vom deutschen Wirtschaftsminister heißt es dazu,

besonders wichtig sei bei der EU die breite Beteiligung der Bevölkerung, die diese Maßnahmen letztlich mittragen müsse. Bis zum 31. Dezember 2019 sollten dann die Energie- und Klimapläne aller Länder der EU-Kommission vorliegen. Was erwarten Sie von diesem ambitionierten Zeitrahmen des EU-Governance-Systems mit Beteiligung der Bürger?

**Claudia Kemfert:** Es ist gut und richtig, dass die EU die Rahmenbedingungen vorgibt und straffe Zeitpläne für die Umsetzung einfordert und beabsichtigt wird, die Bevölkerung umfangreich einzubinden. Bisher ist davon jedoch wenig zu sehen und zu spüren. Wenn man heute eine Umfrage in der breiten Bevölkerung machen würde und fragen würde, was NECPs bedeuten und wie diese umgesetzt werden sollen, wird so gut wie keiner wissen, worum es geht. Schlimmer noch, die Regierung ist ja selbst komplett uneinig, welche Lösungswege zur Erreichung der Ziele gemeinsam angegangen werden sollen. Mit den derzeitigen Maßnahmen wird man die Klimaziele nicht erreichen. Ohne Einigkeit in der Regierung kann es auch keine breite Einbindung der Bevölkerung geben, und schon gar nicht in dem genannten Zeitraum. Es ist daher wichtig, dass die Regierung ihre Klimapläne alsbald festzurrt und Maßnahmen zur Umsetzung erarbeitet. Ein erster wichtiger Schritt ist die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes, das feste Sektorziele vorgibt, die Umsetzung jährlich überwacht, Maßnahmen anpasst und Sanktionen bei Nichterfüllung verhängt.

**SOLARZEITALTER:** In Deutschland ist der Ausbau der Windkraft an Land eingebrochen. Die Hersteller haben im ersten Quartal 2019 jeweils nur eine Handvoll Anlagen errichtet, beklagt der Bundesverband Windenergie. Demgegenüber werden große Offshore-Anlagen in der Nord- und Ostsee genehmigt, obwohl dieser EE-Strom mit enormen Kosten für die Stromkunden verbunden ist. Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Folgekosten?

**Claudia Kemfert:** Wenn die Ausbauziele nicht sofort deutlich erhöht werden, werden wir weder

die Klimaziele erreichen, noch kann der Kohleausstieg erfolgreich gestaltet werden. Wir benötigen einen Ausbau der Erneuerbaren Energien in allen Bundesländern, im Norden wie im Süden. Vor allem in Bayern hat die eingeführte Abstandsregelung nahezu zu einem Erliegen des Ausbaus an Windenergie geführt. Dabei sind die Kosten für alle Erneuerbaren Energien massiv gesunken. Wenn die Anlagen systemdienlich und lastnah zugebaut werden, sind die Mehrkosten gering. Daher ist es unsinnig, den Ausbau derart zu deckeln. Die Offshore Windenergie ist ein Baustein von vielen, die Kosten können gedeckelt werden, wenn man wettbewerbliche Ausschreibungen inklusive Netzanbindung ermöglicht. Es gibt schon heute zahlreiche Offshore Windenergieanlagen, die ohne finanzielle Förderung auskommen. Wenn dann noch die Netzkosten minimiert werden, würde dies die Kosten für die Verbraucher im Maß halten.

**SOLARZEITALTER:** Fachleute befürchten immer schneller steigende Netzkosten – sie könnten schon bald der größte Einzelposten auf der Stromrechnung der Stromkunden sein. Transparenz und eine umfassende Reform der Netzentgelte werden gefordert. Welche Reformmöglichkeiten der Netzentgelte sehen Sie?

**Claudia Kemfert:** Die bisherige Regulierung gibt keine Transparenz über reale Netzkosten, die Bundesnetzagentur genehmigt Erlösobergrenzen, die Informationen über reale Netzkosten liegen nicht vor! Damit haben die Netzbetreiber enorme Spielräume, Renditen zu maximieren. Zwar strebt die Bundesnetzagentur eine Senkung der Eigenkapitalrendite an, diese umzusetzen ist allerdings bisher nicht gelungen, mit der Konsequenz, dass die Netzkosten für die Endkunden immer weiter steigen. Die Renditen für die Netzbetreiber müssen dringend vermindert werden, hier würden wettbewerbliche Ausschreibungen helfen. In einer jüngst erstellten Studie können wir zeigen, dass eine integrierte Planung von Produktion und Netzanbindung die Netzkosten halbieren kann! Ich wundere mich, dass die Kostendiskussion nicht dazu führt,

dass man wettbewerbliche Ausschreibungen vor allem für die Netzanbindung einsetzt. Es würde sich zeigen, dass die Kosten für die Endkunden massiv gesenkt werden könnten. Wir benötigen so schnell wie möglich eine Netzentgeltreform!

**SOLARZEITALTER:** Anfang April hat der Deutsche Bundestag das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) verabschiedet. Dabei spielen der Ausbau der überregionalen Netze (Trassen) und seine Begründung eine besondere Rolle. Windstrom aus dem Norden müsse in den Süden transportiert werden. Wie sehen Sie diese Begründung unter Berücksichtigung anderer Optionen, Stichwort Sektorenkopplung?

**Claudia Kemfert:** Statt Netzausbaubeschleunigungsgesetze benötigen wir eine beschleunigte Überprüfung und Anpassung der Netzausbaubedarfe. Die Netzausbaupläne müssen viel häufiger an aktuelle Änderungen der energiepolitischen Entscheidungen angepasst werden. Mit dem Kohleausstieg und einem stärker dezentralen und lastnahen Ausbau der Erneuerbaren Energien bestehen ganz andere Bedarfe als die jetzigen Netzentwicklungspläne vorsehen. Werden Anlagen systemdienlich und lastnah zugebaut, und mehr Flexibilität ermöglicht, über Last- und Nachfragemanagement, virtuellen Kraftwerken und mehr Speicheroptionen, auch durch Sektorkopplung, ergeben sich andere Bedarfe an Übertragungsnetzen und dezentralen Verteilnetzen. Diese Berechnungen wurden bisher nicht erstellt und in die Planungen eingebracht.

**SOLARZEITALTER:** Wie wahrscheinlich ist in dem Zusammenhang eines beschleunigten Verfahrens die Sicherstellung der Entscheidungsbeteiligung der betroffenen Anwohner?

**Claudia Kemfert:** Die einseitigen Ausbaupläne sollen durch die neue Gesetzgebung nach Möglichkeit so schnell wie möglich umgesetzt werden. Es wird für betroffene Anwohner schwerer, ihre Vorbehalte einzubringen. Dies ist bedauerlich. Es ist umso wichtiger, für eine Reform der Ermittlung

der Netzausbaupläne zu werben und vor allem muss deutlich gemacht werden, ob jede Leitung tatsächlich notwendig sein wird. Wichtig ist eine dezentrale Energiewende vor Ort, je mehr Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Regionen auf eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien setzen, desto weniger „Monstertrassen“ werden notwendig sein.

**SOLARZEITALTER:** Fast jedes Bundesland hat sich in seinen Zielen zur Energiewende dem Ausbau der EE verpflichtet und dazu Ausbaupläne. Dabei ist das sehr frühe Vorgehen von Städten (Klimabündnis der Städte) besonders zu würdigen. Kommunen führen die Solarpflicht für Neubauten oder für öffentliche Gebäude ein, beraten und unterstützen Bürger bei privaten Entscheidungen zur Strom- und Wärmewende. Die Energiesystemwende mit EE findet – der dezentralen Quelle geschuldet – erfolgreich vor Ort statt. Und doch ist Deutschland beim World Energy Transition Index 2019 auf Platz 17 zurückgefallen. An der Spitze liegen Schweden, die Schweiz und Norwegen. Deutschland hat es angesichts seines ausgereiften fossilen Energiesystems schwer – so die Verfasser des Rankings. Worin sehen Sie die Hauptgründe dafür, dass Deutschland seine Vorreiterrolle verloren hat?

**Claudia Kemfert:** Wie man derzeit – wieder einmal – an der Diskussion um die mögliche Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung sehen kann, ist das „fossile Imperium“ sehr aktiv, jegliche Klimaschutzmaßnahme im Keim zu ersticken – dies habe ich in meinem jüngsten Buch „Das fossile Imperium schlägt zurück“ ausführlich dargelegt. In Deutschland gibt es eine starke Allianz aus ewig gestrigen Wirtschaftsbereichen, die es zu verhindern wissen, klimaschonende Technologien und zukunftsweisende Innovationen ein- und umzusetzen. Die Verbindungen in die Politik sind nach wie vor eng; aus diesem Grund ist Deutschland im Klimaschutz weit zurückgefallen. In anderen Ländern, vor allem in Skandinavien, holt man nicht nur auf und zieht an Deutschland vorbei, sondern wundert sich öffentlich über die Einflussnahme

der fossilen Wirtschaft auf politische Entscheidungen. Leider sind wir schon lange keine Klimavorreiter mehr. Spätestens seit dem Dieselskandal wird das Image Deutschland „Made in Germany“ immer schlechter. Das ist im höchsten Maße bedauerlich.

**SOLARZEITALTER:** Die Vorteile der dezentralen Energiesystemwende mit EE liegen in der Möglichkeit, alle Bürger zu beteiligen. Sprichwörtlich dafür wurde der Begriff Prosumer geschaffen. Mit Hilfe der Digitalisierung und der Entwicklung von Speichertechniken ergeben sich weitere Chancen, die effizienteste Energieversorgung mit EE als direkte Verbindung von Angebot und Nachfrage zu erreichen. Demgegenüber stehen die Bestrebungen der EU, den grenzüberschreitenden Stromtausch der EE über den Regionaltransfer hinaus auszubauen. Transnationale Netze mit ihren Betreibern sollen den Stromhandel als Windstrom aus dem Norden und PV-Strom aus dem Süden fördern. Wie beurteilen Sie diese Bestrebungen?

**Claudia Kemfert:** Wir haben uns im Rahmen einer jüngsten Studie zur Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien in Europa zusammen mit dem Solarforscher und Systemmodellierer Christi-

an Breyer von der finnischen TU Lappeenranta genau diesen Aspekt genauer angeschaut und folgendes festgestellt: Die steigende Anzahl von Prosumern senkt den Ausbaubedarf von Übertragungsnetzen. Es können allerdings durchaus Kosten gesenkt und Effizienzen hervorgebracht werden, wenn es ausreichende Netzverbindungen zwischen den Ländern gibt. So können Schwankungen in der Energiebereitstellung von Erneuerbaren Energien optimal ausgeglichen werden. Es zeigt sich aber auch hier: Nicht der schnelle Netzausbau ist entscheidend, sondern die dezentrale Energiewende samt Prosumer. Je mehr Prosumer, desto besser.

**SOLARZEITALTER:** Frau Kemfert, wir danken für das Gespräch.

*Das Interview führte Irm Scheer-Pontenagel, Herausgeberin SOLARZEITALTER*

*Prof. Dr. Claudia Kemfert, Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin) ist Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen.*

*Kontakt: ckemfert@diw.de*